

2138

Antrag

der AfD-Fraktion

Hauptstadtfunktion mit dem Komplettumzug der Ministerien nach Berlin vollenden!

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert,

- 1) initiativ zu werden und über eine Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass das Bonn-Berlin-Gesetz von 1994 mit der Maßgabe geändert wird, dass die noch in Bonn verbliebenen sechs ersten Dienstsitze und die Teile der Ministerien mit zweitem Dienstsitz schnellstmöglich nach Berlin verlegt werden.
- 2) parallel dazu entsprechend infrastrukturelle Standort- und Flächenkonzepte zur Realisierung mit der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu entwickeln, abzustimmen und umzusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist dazu halbjährlich ein Zwischenbericht zu geben.

Begründung

Nach 30 Jahren ist es Zeit, das Bonn-Berlin-Gesetz zu ändern. Zulange hat die Realität das Gesetz bereits eingeholt, das vorsah, dass der größte Teil der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn bleiben sollten. Heute ist es noch etwa ein Drittel.

Allein die Kosten für das Pendeln der Mitarbeiter und die logistischen Effizienzverluste bei der Aufrechterhaltung der Doppelstruktur stehen heute in keinem Verhältnis mehr zu einem angenommenen Nutzen, auch wenn die Aufteilung zu seiner Zeit compensationstechnisch damals angemessen und politisch richtig war. Die Region Bonn hat längst eine dynamische Entwicklung genommen. Sie bedarf nicht mehr der Restbestände von Bundesministerien, um wirtschaftlich und sozial zu gedeihen.

Statt aber darauf zu drängen, dass mit Blick auf Realität, Kosten und Effizienzverluste der Umzug der Bundesministerien in die Bundeshauptstadt Berlin endlich abgeschlossen wird, haben die Senate der vergangenen Jahre versäumt, Berlin auch mit Blick auf die Lebensqualität der Bevölkerung und die Infrastruktur zum Vorbild für Deutschland zu machen.

Die Vollendung der Hauptstadtfunktion muss jetzt auf die Tagesordnung der deutschen Politik.

Berlin, den 19. Januar 2025

Dr. Brinker Gläser Hansel
und die übrigen Mitglieder AfD-Fraktion